



TOP II

Wenn die Arbeit Ärzte krank macht

„Ich werde auf meine eigene Gesundheit, mein Wohlergehen und meine Fähigkeiten achten, um eine Behandlung auf höchstem Niveau leisten zu können.“ (Deklaration von Genf, Oktober 2017)

Mit diesem Tagesordnungspunkt greift der Vorstand der Bundesärztekammer eine Anregung aus dem Kreis der Abgeordneten des Deutschen Ärztetages auf: Sowohl beim 120. Deutschen Ärztetag 2017 in Freiburg als auch beim 121. Deutschen Ärztetag 2018 in Erfurt hatten sich Abgeordnete dafür ausgesprochen, sich mit den Auswirkungen belastender Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen auf Gesundheit und Berufszufriedenheit von Ärztinnen und Ärzten bei einem Ärztetag zu befassen.

Ärztinnen und Ärzte, aber auch die anderen im Gesundheitswesen tätigen Berufsgruppen, beklagen seit Jahren, dass die Arbeit zunehmend von hohem Zeitdruck und wirtschaftlichen Zwängen geprägt ist. Zu den Kritikpunkten zählen u.a. Personalmangel, Arbeitsverdichtung, Dauerüberbelastungen, hierarchische Strukturen, überbordende Dokumentationspflichten. Eine von der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW) im Mai 2018 in Auftrag gegebene Befragung von Ärzten und Pflegepersonal zeigt, dass nur wenige Ärztinnen und Ärzte den Eindruck haben, für Leistungen und Einsatz ausreichend Anerkennung zu erhalten. Zudem stelle gerade vor dem Hintergrund des erheblichen Zeitdrucks die intensive und tagtägliche Beschäftigung mit emotionalen und inhaltlich anspruchsvollen Aufgaben bei gleichzeitig hohem Anspruch, fehlerfrei arbeiten zu wollen, eine erhebliche Belastung dar.

Dabei sind die verschiedenen Versorgungssektoren im Gesundheitswesen gleichermaßen betroffen, wie die Erhebung des Marburger Bundes „Marburger Bund Monitor 2017“ bei angestellten Ärztinnen und Ärzten im Krankenhaus und in anderen Institutionen als auch die Erhebung „Ärztemonitor 2018“ der Kassenärztlichen Bundesvereinigung und dem NAV-Virchowbund zur Situation niedergelassener Ärztinnen und Ärzte

Impressum

BÄKground spezial
Hintergrundinformationen

Redaktionsanschrift

Pressestelle der deutschen
Ärzteschaft Alexander Dückers
(V.i.S.d.P.)
Samir Rabbata
Herbert-Lewin-
Platz 1
10623 Berlin

Tel: 030 - 40 04 56 700
Fax: 030 - 40 04 56 707
presse@baek
www.baek.de

zeigen. Auch weitere Versorgungsbereiche sind betroffen; auf die unzureichende personelle, finanzielle und materielle Ausstattung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes hat der Deutsche Ärztetag bereits mehrfach nachdrücklich hingewiesen.

Über die psychomentalen und psychosozialen Aspekte hinaus stellen Infektionsgefährdungen, aber auch ungünstige ergonomische Situationen weitere Risikofaktoren dar. Die Darstellung der gesamten Bandbreite der Belastungen und Beanspruchungen, denen die Beschäftigten des Gesundheitswesens, insbesondere die Ärztinnen und Ärzte, ausgesetzt sind, der gesundheitlichen Situation von Ärztinnen und Ärzten und der Möglichkeiten einer präventiven Arbeitsgestaltung werden im ersten Referat zu diesem Tagesordnungspunkt thematisiert. Auch im zweiten Beitrag werden Möglichkeiten aufgezeigt, auch unter den bestehenden Rahmenbedingungen im Gesundheitswesen die Arbeitsbedingungen positiv zu beeinflussen. Ein Ansatz ist hier das Betriebliche Gesundheitsmanagement (BGM), bei dem es um eine systematische und nachhaltige Gestaltung von Strukturen und Prozessen rund um die gesundheitsförderliche Befähigung der Beschäftigten geht.

Das anhaltende Auftreten von Arbeitsstressoren kann langfristig zu Beeinträchtigungen im Bereich der psychischen und psychosomatischen Gesundheit führen. Viele Ärztinnen und Ärzte berichten schon in jungen Jahren von einer Erschöpfungssymptomatik, einschließlich emotionaler Erschöpfung und zwischenmenschlicher Entfremdung. Dies kann in einer Erschöpfungsdepression münden, aber auch ungesunde Verhaltensweisen zur Folge haben, wie z.B. ein erhöhter Suchtmittelgebrauch. Beispielhaft soll an den von den Landesärztekammern für betroffene Ärztinnen und Ärzte angebotenen Interventions- und Unterstützungsprogrammen aufgezeigt werden, welche Maßnahmen Ärztekammern entwickelt haben, um einerseits betroffenen Ärztinnen und Ärzten konkrete Hilfen zu eröffnen, andererseits aber auch den erforderlichen Patientenschutz sicherzustellen.